

# LinksBlick



Kreisverband und Kreistagsfraktion DIE LINKE. Teltow-Fläming

## Atomausstieg sofort beginnen

In jedem Atomkraftwerk kann es aufgrund von technischen Mängeln und menschlichen Fehlern zu einem schweren Unfall kommen, bei dem große Mengen Radioaktivität in die Umwelt freigesetzt werden. Jüngstes Beispiel ist Japan. Das Erdbeben und der anschließende Tsunami haben die Atomindustrie des Landes schwer getroffen. Gleich mehrere Reaktoren hatten bzw. haben Probleme mit der Kühlung. In mindestens einem Reaktor ist es zu einer Kernschmelze gekommen. Atomkraftwerke sind niemals wirklich sicher.

Bundesumweltminister Röttgen nahm am 17. Mai 2011 den Bericht der Reaktorsicherheitskommission entgegen. Die Bundesregierung hatte dieses Gremium nach der Katastrophe von Fukushima beauftragt, die deutschen Meiler einem Stresstest zu unterziehen, um festzustellen, wie sicher sie sind. Die Fakten waren bereits vorher bekannt.

Jedes Atomkraftwerk verwandelt durch die Kernspaltung Uranbrennstäbe in hochradioaktiven Atommüll. Der Atommüll stellt wegen seiner radioaktiven Strahlung eine lebensbedrohliche Gefahr für die Menschen dar. Er muss daher für mehrere hunderttausend Jahre sicher von Menschen, Tieren und Pflanzen abgeschirmt werden.

Atomkraftwerke werden seit rund 50 Jahren betrieben, aber bis heute weiß niemand, wie der Atommüll sicher endgelagert werden kann. Weltweit gibt es keine einzige sichere Entsorgungsmöglichkeit für den hochradioaktiven Müll aus Atomkraftwerken. Jährlich entstehen in deutschen Atomreaktoren etwa 450 Tonnen hochradioaktiver Müll.

Die Staaten, die in den vergangenen Jahrzehnten Atombomben entwickelt und gebaut haben, hatten zunächst ein ziviles Atomprogramm. Die zivilen Programme waren aber oft nur eine Tarnung für das eigentliche militärische Interesse. Sie verschafften diesen Staaten den Zugang zu den erforderlichen Technologien und dem Know-how zum Bau von Atombomben. Das zeigt: Der Export und die weitere Verbreitung von Atomtechnologie erhöht erheblich das Risiko der Verbreitung von Atomwaffen.

Die Kernenergie ist zudem unwirtschaftlich, weil bei Einbeziehung aller staatlichen Sicherungsmaßnahmen und Entsorgungsaufwände die hohen Kapitalkosten durch die niedrigen Brennstoffkosten nicht aufgewogen werden können.

Durch die Senkung des Energieverbrauches und durch den Ausbau erneuerbarer Energien kann der

*Fortsetzung auf Seite 2*

### Teltow-Fläming im Bild

Jede Ausgabe unserer Zeitung hat ein neues Bild aus Teltow-Fläming. Wer erkennt den Ort der Aufnahme?



Auflösung des Bilderrätsels der letzten Ausgabe

Seite 5

### Zitiert ...

Wenn du einen Menschen glücklich machen willst, dann füge nichts zu seinen Reichtümern hinzu, sondern nimm ihm einige von seinen Wünschen.

*Epikur*

**DIE LINKE.**

Fortsetzung von Seite 1

Strombedarf auch ohne Atomstrom klimafreundlich erzeugt werden. Dezentrale und bürgernahe Strukturen mit eigenen Stadtwerken und mit erneuerbaren Energien sind bereits heute effektiv und wirtschaftlich realisierbar. Sie lassen die Wertschöpfung bei den Bürgern und erlauben eine demokratische Kontrolle.

Im Atomkonsens hatte die Bundesregierung im Jahr 2000 mit den großen Energieversorgern den Atomausstieg ausgehandelt. Damit wäre das letzte Atomkraftwerk in Deutschland allerdings erst etwa zwischen 2011 und 2025 abgeschaltet worden. Die jetzige Bundesregierung hat sogar nochmals eine Verlängerung der Restlaufzeiten von acht bis 14 Jahren beschlossen.

Wenn der Weiterbetrieb der Atomkraftwerke unverantwortlich ist, muss sofort mit dem Abschalten der AKW begonnen werden. Ein sofortiger Ausstieg aus der Kernkraft bedeutet, dass die ältesten und unsichersten AKW (mindestens Biblis A und B, Neckarwestheim 1, Brunsbüttel, Isar 1, Unterweser und Philippsburg 1) sofort abgeschaltet werden und für die weiteren AKW sofort ein schnellstmögliches Ausstiegsszenario unwiderruflich beschlossen wird. Die installierte Leistung aller Kraftwerke in der Bundesrepublik lag nach Zahlen des Wirtschaftsministeriums 2009 bei 152,9 GW (Gigawatt) - ein Vielfaches der Grundlast. Der höchste Verbrauch im Jahresverlauf beträgt maximal 80 GW. Die Kernenergie trägt 21,5 GW bei. Der Ausstieg ist also möglich. Er muss allerdings so gestaltet werden, dass der Import von Atomstrom ausgeschlossen wird. Die Atomkraftwerke dürfen auch nicht einfach durch Kohlekraftwerke ersetzt werden. Wichtig ist zudem, dass der Ausstieg nicht zu einer Explosion der Energiepreise führt. Insofern gilt es, das Monopol der großen Energiekonzerne zu brechen.

Carsten Preuß,  
Zossen



## Programmdiskussion

### BO 1 Luckenwalde

Im September wird unser Programm, das Inhalt und Weg zum demokratischen Sozialismus ist, beschlossen. Leider gab es aber in der Diskussion zum Programm eine große Pause. Im Dezember 2010 hatten wir uns vorgenommen, in mehreren Mitgliederversammlungen Schwerpunkte aus dem Programm gründlich zu diskutieren. So beschäftigten wir uns unter anderem mit der Rolle des Eigentums an Produktionsmitteln, der Volksbildung, mit der gegenwärtigen Situation, in der wir in der Bundesrepublik Deutschland leben und welche realen Veränderungen wir uns als Gegenwartsziele stellen können.

In den bisher vier Mitgliederversammlungen hatten wir eine sehr angeregte Diskussion, an der alle Mitglieder teilnahmen. Es lag vor allem daran, dass wir von vornherein in unseren Aussprachen immer wieder die Öffentlichkeitsarbeit unserer Partei, die Politik der gegenwärtigen Regierung und das Grundgesetz der BRD im Zusammenhang mit unserem Programmentwurf diskutiert haben. Aus diesem Blickwinkel und den sich daraus ergebenden Zusammenhängen war es uns leichter, unseren Programmentwurf zu verstehen. Das Eigentum an Produktionsmitteln entscheidet immer, in wessen Interessen die Ressourcen dieser Erde, Erkenntnisse der Wissenschaft, die Arbeit der gesamten Gesellschaft eingesetzt werden und das Ergebnis verteilt wird. Und so ist es kein Naturwunder, dass der Reichtum in wenigen Händen kon-

zentriert ist und der Rest auf das übrige Volk verteilt wird.

Dieser Rest reicht dann eben nur für ein Gesundheitswesen, das krank macht, für Löhne, von denen man nicht leben kann, wo Kinder in Armut leben. Diese Regierung wird aber daran nichts ändern. Im Gegenteil: Wenn die Kanzlerin die Reformen der Hartz-IV-Gesetze zur Chefsache macht, dann wird es ein Flop, der an der Sache nichts ändert. Die Kanzlerin scheiterte an den Reichen, die die Wirtschaft beherrschen.

Nimmt man nun das Grundgesetz zur Hand, steht dort geschrieben: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen. Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig ...“ (Artikel 14 GG).

Den Ausweg zeigt unserer Programmentwurf. Zunächst geht es darum, keine Verkäufe von staatlichem Eigentum zuzulassen, und um Rückführung bereits privatisierter Einrichtungen in die Verfügbarkeit des Staates.

Nach der ersten Mitgliederversammlung konnten wir feststellen, wir sind auf dem richtigen Weg, uns mit unserem Programm zu identifizieren.

Immer wieder sind wir in der Diskussion auf das Grundgesetz aufmerksam geworden, welche Rechte die Bundesbürger für ihre eigene Entwicklung und die Entwicklung der Gesellschaft im Staate haben. Im Grundgesetz festgeschrieben ist: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke

aus ...“ (Artikel 20 GG).

Aber wie sieht es mit der Demokratie aus? 70 Prozent der deutschen Bevölkerung sind gegen den Krieg in Afghanistan, sind gegen den Einsatz der Bundeswehr in fremden Ländern.

Die Regierung akzeptiert nicht den Willen der Bevölkerung, wenn es um Stuttgart 21, gegen Fluglärm, für die Ablösung der Atomenergie und Förderung alternativer Energiequellen geht. Sie hat die Politikverdrossenheit in Deutschland erzeugt; sie ist verantwortlich, wenn ca. 40 % der Wahlberechtigten nicht an Wahlen teilnehmen. Das ist ein Ausdruck dafür, wie es um die Demokratie im deutschen Staate bestellt ist.

Unsere Meinung ist: Die Bundesregierung steht nicht auf dem Boden des Grundgesetzes. In vielen Fragen werden darin festgeschriebene Rechte und Verpflichtungen durch die Regierung ignoriert. So wird seit Jahren die Forderung nach Volksentscheiden verhindert.

Einen besonderen Schwerpunkt legt unser Parteiprogramm auf die grundlegende Veränderung des

Bildungssystems in der Bundesrepublik. Die Regierung hat die Verantwortung für die Volksbildung auf die Länder delegiert. Das Resultat ist, dass keine einheitlichen Richtlinien für Inhalt und Methoden der Bildung vorhanden sind. Auch hier nimmt die Regierung der Bundesrepublik ihre Verpflichtung durch das Grundgesetz nicht wahr. Dort ist festgeschrieben: „Das gesamte Schulwesen steht unter Aufsicht des Staates“ (Artikel 7 GG). Unser Programm fordert und zeigt den Weg, wie eine notwendige Reformierung des gesamten Bildungswesens vorgenommen werden muss. Bildung soll die Bürger in die Lage versetzen, aktiv an der Entwicklung des gesellschaftlichen Lebens teilzunehmen.

Wir wollen mitbestimmen in allen Bereichen und Stufen des Bildungswesens. Wir wollen eine emanzipatorische und humanistische Bildung. Wir wollen ein einheitliches Bildungswesen in Deutschland, das nicht den Ländern überlassen wird.

So haben wir uns systematisch durch unser Programm gearbeitet. Uns hat auch sehr geholfen, dass wir uns von einer bis zur anderen

Mitgliederversammlung auf die Gesprächsrunde vorbereitet haben. So konnten wir uns einen gemeinsamen Standpunkt zum Inhalt des Programmentwurfs erarbeiten. Wir sind der Meinung, schon der Entwurf ist eine gute Grundlage, mit der Bevölkerung über den demokratischen Sozialismus zu diskutieren, welche Möglichkeiten wir heute haben, Schritt für Schritt durch Veränderungen in der Gesellschaft diesem Ziel näher zu kommen. Wissen hilft viel, um Verbündete zu gewinnen. Aber dieses Wissen müssen wir vermitteln. Erfahrungen haben wir bei der Vorbereitung von Wahlen, jedoch nutzen wir diese zwischen den Wahlen viel zu wenig.

Auf aktuelle Fragen haben wir die Möglichkeit, an Info-Ständen, mit selbst hergestellten kurzen Informationsblättern, unserer Zeitung zu reagieren, um mit unseren Bürgern ins Gespräch zu kommen. Sicher gibt es noch andere Ideen. Eine kontinuierliche Arbeit wird aber nur durch gute Organisation zustande kommen.

Hans Kanzok,  
BO 1 Luckenwalde

## Stadtverband DIE LINKE Ludwigsfelde

Beschluss der Mitgliederversammlung vom 07. 04. 2011

*Der Stadtverband Ludwigsfelde der Partei DIE LINKE hat sich in vielfältiger Form mit dem Programmentwurf auseinandergesetzt. Die Diskussion über das Programm, die uns weiterhin begleiten wird, hat dazu beigetragen, den antikapitalistischen und sozialistischen Charakter unserer Partei besser zu erkennen und als programmatisches Ziel zu vertreten.*

*Wir schlagen der Programmkommission vor, die Aussagen zur Entwicklung einer Demokratie des Volkes, die sich nicht nur auf dem Papier darstellt und im Gegensatz zur praktizierten Politik der regierenden Parteien im Bund steht, zu verstärken. Hier denken wir zu allererst daran, dass es um die*

*Macht des Volkes und nicht um die Macht der Parteien gehen darf.*

*Deshalb unterstützen wir die im Programmentwurf enthaltenen grundsätzlichen Aussagen wie: Demokratischer Sozialismus als Ziel in Verbindung mit der Lösung der Eigentumsfrage an Produktionsmitteln und die Klarheit zur Kapitalismusanalyse; nachvollziehbare und aus den bisherigen Erfahrungen resultierende Bedingungen für eine Regierungsbeteiligung; verbindliche Festlegungen zu den friedenspolitischen Grundsätzen.*

*Diese bisher im Programm enthaltenen Aussagen finden unsere Zustimmung. Das trifft besonders auf die Ablehnung jeglicher Kriegseinsätze zu.*

*Weiterhin halten wir die Aussagen zur innerparteilichen Demokratie für richtig. Hier wünschten wir uns jedoch klarer gesetzte Formulierungen. Das betrifft besonders die Wechselbeziehungen zwischen Vorständen und Basisorganisationen. Auch das Verhältnis zwischen Fraktionen und Vorständen in allen Ebenen ist zwingend zu definieren. Bei wichtigen Politikfeldern sind Entscheidungen erst nach einer Mitgliederbefragung zu treffen.*

*Wir wünschen der Programmkommission weiterhin viel Kraft und Geschick bei ihrer Arbeit. <*

## Linke Politik im Landtag

### Rente mit 69 grober Unfug!

Schon die Rente mit 67 verschärft nur die Altersarmut und bringt ökonomisch nichts. Es gibt seit vielen Jahrzehnten eine steigende Lebenserwartung. Die ist erstens erfreulich und mit der kommt man volkswirtschaftlich auch klar. Grundlage dafür ist die Steigerung der Produktivität und das Festhalten an der Umlagefinanzierung.

Laut einer aktuellen Studie der Volkssolidarität haben 2010 bei den ostdeutschen Neurentnern 41,5 % der Männer und 71,5 % der Frauen eine Rente unterhalb der Schwelle zur Armut von 801 Euro erhalten. Diese Zahlen werden im „Leben vor der Rente“ produziert.

Im Zusammenhang mit einer gerechten Alterssicherung dringt DIE LINKE auf die Rentenangleichung Ost an West, und zwar als eine reale Angleichung und nicht als eine rein rechnerische, und es bleibt unsere Forderung nach der Abschaffung der Rente mit 67.

### Gipfel an Destruktivität und Verantwortungslosigkeit

Mit der Forderung der CDU-Fraktionsvorsitzenden, Saskia Ludwig, alle Lehrkräfte an den Brandenburger Schulen einer erneuten Stasi-Prüfung zu unterziehen, liefert sie den endgültigen Beweis dafür, dass sie ganz Brandenburg undifferenziert unter einen Generalverdacht stellt. In Ermangelung eines schlüssigen bildungspolitischen Konzepts und konstruktiver Beiträge zur weiteren Gestaltung der Schullandschaft fokussiert sich die CDU auf einen „Nebenkriegsschauplatz“ und diskreditiert nach Justiz und Polizei eine weitere Berufsgruppe.

Die Brandenburger Lehrer haben sich in den vergangenen zwanzig Jahren große Verdienste bei der Bildung und Erziehung unserer jungen Generation erworben. Die Lehrkräfte

sind Anfang der 1990er Jahre umfangreich und mehrfach überprüft worden – durch Ehrenräte und demokratische Verfahren. Das alles jetzt in Frage zu stellen, ist in höchstem Maße verantwortungslos und beleidigt vor allem Schulleiter und Lehrkräfte der gymnasialen Oberstufe.

Eine derartige Verunglimpfung haben die Brandenburger Lehrkräfte nicht verdient.

### Kommunale Selbstverwaltung stärken

Mit der Konstituierung der Enquete-Kommission wurde eine breite öffentliche Diskussion zur zukunftsfesten Weiterentwicklung der Brandenburger Kommunen gestartet. Wir verbinden damit die Erwartung, dass Vertreter des Landes, der Kommunen und Experten gemeinsam darüber nachdenken, wie die kommunale Selbstverwaltung gestärkt werden kann.

Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklungen suchen wir nach Lösungen bürgernaher kommunaler Aufgabenerfüllung. Grundlage dafür müssen eine gründliche Ist-Analyse und ein offenes Herangehen sein. Die Fraktion DIE LINKE wird für ihre Arbeit in der Enquetekommission einen Expertenbeirat aus kompetenten linken Kommunalvertretern berufen. <

### Bürgernähe und Transparenz der Polizei gestärkt

Mit der Annahme der Beschlussempfehlung des Innenausschusses ist die Einführung der grundsätzlichen namentlichen Kennzeichnung der Polizei in Brandenburg ab 2013 beschlossen. Die Bürgernähe der Polizei wird weiter gestärkt und Brandenburg ist damit Vorreiter in der Bundesrepublik, in den meisten europäischen Staaten sind diese Vo-



oraussetzungen schon gegeben.

Das Vorhaben der Kennzeichnungspflicht war durch Bestreben der LINKEN in den gemeinsamen Koalitionsvertrag aufgenommen worden. Der Gesetzentwurf fand im Plenum eine breite Mehrheit.

Im Zusammenhang mit dieser Gesetzesänderung wurde ein Entschließungsantrag beschlossen. Darin ist die Landesregierung aufgefordert, zwei Jahre nach der Einführung der gesetzlichen Kennzeichnungspflicht einen Bericht über Erfahrungen und Erkenntnisse im Umgang mit dieser neuen Regelung vorzulegen. Gleichzeitig wurde festgelegt, bei der Erarbeitung der Verwaltungsvorschrift zur Kennzeichnungspflicht die Polizeiverbandsverbände einzubeziehen. <

### Für bessere Zugverbindungen

Die rot-rote Koalition hat mehr Engagement für das Konzept „Deutschland-Takt“ bewirkt. Sie fordert, das Zug-Angebot durch einen abgestimmten Fahrplan bundesweit so zu verknüpfen, dass häufige und schnelle Verbindungen mit optimalen Umsteigemöglichkeiten entstehen. Von ICE über Regionalbahn bis Bus sollen Reisende so ihre Ziele besser erreichen. <

Wahlkreisbüro Kornelia Wehlan  
Zinnaer Straße 36,  
14943 Luckenwalde  
Tel: 03371-406544  
E-Mail: buerolukwehlan@aol.com  
www.konni-wehlan.de

## Neues aus der Jakobikirche

Dass die Jakobikirche nicht ausschließlich als Gotteshaus, sondern auch als ein Treffpunkt für Musik- und Kunstliebhaber dient, hat sich mittlerweile herumgesprochen.

Der Förderverein Jakobikirche bemüht sich, allen Bürgern dieses Gebäude mit seinen architektonischen Besonderheiten und seiner noch immer vorhandenen Schönheit näher zu bringen.

Wegen ihrer einmaligen Akustik eignet sich die Jakobikirche besonders für musikalische Veranstaltungen. Aber auch für Ausstellungen, Lesungen und andere kulturelle Veranstaltungen ist sie ein guter Ort. Anders als in vielen Kirchen müssen unsere Besucher in der Regel nicht befürchten, dass ihnen der Blick zur „Bühne“ durch Säulen verstellt wird.

Das freitragende Gewölbe ist außergewöhnlich breit. Die Erbauer behaupteten, es sei nur einen Meter schmaler als das des Kölner Doms.

Wir können stolz auf ein solches Gebäude sein. Das heißt aber auch, alle Anstrengungen zu unternehmen, es zu erhalten. Und an dieser Stelle haben viele Luckenwalder Bürger,

ehemalige Luckenwalder Bürger, eine Reihe von Unternehmen und Organisationen durch ihre Spenden an den Förderverein Beträchtliches geleistet. Ein Beispiel dafür sind die Bemühungen um die Restaurierung der wertvollen bleiverglasten Fenster, deren Erhalt akut gefährdet ist, deren Restaurierung und Wiederherstellung aber ein mittelgroßes Vermögen kostet.

Neben den Bemühungen um Fördermittel hat der Förderverein die Aktion „Fensterpaten“ ins Leben gerufen. Ein Fensterpate finanziert die Restaurierung „seines“ Fensters und im Glas dieses Fensters wird der Name des Paten verewigt.

Über diese Aktion konnten in den Jahren 2009/2010 insgesamt 17 kleinere Rundbogenfenster in der Eingangshalle, im Kirchenschiff und in der Sakristei restauriert werden. Durch diese Aktion haben wir eine Reihe neuer Bekanntschaften machen dürfen. Zu den prominentesten zählt sicherlich der Familienverband Faehndrich-Luckenwalde e.V., der im vergangenen Jahr die Restaurierung zweier Fenster finanziert hat. Kürz-

lich waren etwa 75 Mitglieder des Familienverbandes Faehndrich in der Jakobikirche zu Gast (die MAZ berichtete darüber).

Die fünf großen Fenstergruppen oberhalb der Emporen im Kirchenschiff und im Altarraum können allein mit privaten Spenden nicht restauriert werden. Hier sind Fördermittelgeber gefragt, die einen Teil der Kosten übernehmen. Bisher konnte über diesen Weg die erste große Fenstergruppe „gerettet“ werden. Zu der öffentlichen Festveranstaltung anlässlich des erfolgreichen Abschlusses dieser Teilmaßnahme am 14. April dieses Jahres waren auch die Luckenwalder Bürger eingeladen.

Nun muss es aber weitergehen. Die Kirche hat noch viele kleine und große Fenster, die darauf warten, wieder ihre ursprüngliche Schönheit zurückzuerhalten.

Möchten Sie mal sehen, was sich in der Jakobikirche getan hat, schauen Sie einfach rein oder besuchen Sie eine der nächsten Veranstaltungen.

Dr. Margitta Haase,  
Luckenwalde

## Auflösung Bilderrätsel



*„Ick bin der kleene Kenig, gebt mir nicht so wenig. Ick bin der kleene Mann, der allet essen kann.*

*Laßt mich nicht so lange steh`n, will noch ein Häuschen weiter geh`n.*

*Ick bin der kleene Nix, drum macht`n bisschen fix!“*

Zu sehen ist hier der Kariedelbrunnen auf dem Boulevard in Luckenwalde. Der originale Kariedelbrunnen steht im Nuthepark, ist jedoch nicht in Betrieb. Er wurde 2004 durch eine

künstlerische Arbeit aufgewertet. Den Entwurf dafür entnahm der Berliner Künstler Walter Hahmann einem alten Volksbrauch. Die originalen Kariedelfiguren gingen im Zweiten Weltkrieg verloren.

Schlesische Weber haben die Sitte des Kariedelns aus ihrer Heimat mitgebracht. Kariedeln nennt man im Fläming den Brauch der Kinder, zur Fastnachtszeit von Haus zu Haus zu gehen, um milde Gaben zu erbitten. Das können Brezeln, kleine Würstchen oder auch Geld sein. <

## Notizen aus dem Karl-Liebnecht-Haus

von Maritta Böttcher

### DIE LINKE in Bremen

„Viele hätten sich offensichtlich gewünscht, dass wir in Bremen rausgeflogen wären. Insbesondere die, die in Bremen für eine Politik verantwortlich sind, die nicht gerade optimal war, insbesondere im sozialen Bereich ...“, sagte Klaus Ernst am Wahlabend in Bremen.

Wir haben im dritten Landesparlament der alten Bundesländer den Wiedereinzug geschafft. Eine große Mehrheit hat Rot-Grün gewählt. Viele sahen allerdings auch die Notwendigkeit einer starken linken Opposition. Es ist ein Wert an sich, dass unsere Wählerinnen und Wähler eine Stimme im Parlament haben.

Herzlichen Glückwunsch und viel Erfolg für die Bremer LINKE.

### LINKE weist Antisemitismus-Vorwürfe zurück

(Erklärung des Parteivorstandes der LINKEN am 21. Mai 2011)

Es gehört zum Bestand LINKER Grundpositionen, gegen jede Form von Antisemitismus in der Gesellschaft vorzugehen. Rechtsextremismus und Antisemitismus haben in unserer Partei niemals einen Platz.

DIE LINKE tritt – wie auch die Demonstration am 19. Februar 2011 in Dresden wieder beispielhaft zeigte – mit Partnern entschieden gegen antisemitisches Gedankengut und rechtsextremistische Handlungen auf. Beschlusslage der LINKEN ist, „dass Deutschland wegen der furchtbaren Verbrechen der Deutschen an den Jüdinnen und Juden während des Nationalsozialismus eine besondere Verantwortung gegenüber Israel und gegen jede Art von Antisemitismus, Rassismus, Unterdrückung und Krieg hat. Diese Verantwortung ist nicht relativierbar; sie schließt das Bemühen um einen palästinensischen Staat und die Garantie des Existenzrechtes Israels ein. Wir sehen uns in einer Doppelverantwortung und sind mit

den Menschen in Israel und Palästina solidarisch. Eine einseitige Parteinahme in diesem Konflikt wird nicht zu seiner Lösung beitragen.“ (aus dem Beschluss der Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag vom 20. April 2010).

In Richtung eines palästinensischen Staates in den Grenzen von 1967 zielt auch der Vorschlag des US-Präsidenten Obama. DIE LINKE tritt für Gewaltverzicht auf diesem Wege ein.

DIE LINKE will Waffenexporte in den Nahen Osten unterbinden.

Bojkottkampagnen gegen israelische Waren halten wir in Deutschland vor dem Hintergrund unserer spezifischen Geschichte für ein völlig ungeeignetes Mittel der Auseinandersetzung mit israelischer Regierungspolitik und beteiligen uns nicht daran. Wir weisen zurück, wenn berechtigte Kritik an der Politik der israelischen Regierung in Antisemitismus umgedeutet wird. Ebenso weisen wir Vorwürfe eines angeblichen Vormarsches antisemitischer Positionen in der LINKEN zurück.

### Kritik an Bundeskanzlerin Merkel wegen des Krisenmanagements in der Euro-Krise

Angela Merkel spricht von den Griechen oder Portugiesen als von Sorgenkindern der Europäischen Union, obwohl sie weiß, dass die Euro-Krise durch die Banken verursacht wurde. Sie will den Blick auf die wahren Schuldigen der Krise durch ihre boshafte Rhetorik verstellen. Wer die Euro-Krise wirklich beenden will, der muss eine Finanztransaktionssteuer einführen. Denn nur so müssen diejenigen die Kosten der Krise tragen, die sie verursacht haben. Doch genau auf diese Steuer will die Kanzlerin nun verzichten. Das ist der Kniefall der Kanzlerin vor Ackermann & Co. Es ist doch völlig absurd, dass die Kanzlerin die Sozialstandards



in Europa auf niedrigstem Niveau angleichen will, aber nichts unternimmt, um die Unternehmenssteuer in Europa anzugleichen. Es war unverantwortlich, Irland unter den Rettungsschirm zu nehmen, ohne die Anhebung der unverschämte niedrigen Unternehmenssteuer in Irland durchzusetzen. Die Kanzlerin kneift immer wieder, wenn es darum geht, die wirklich Schuldigen der Finanzkrise zur Kasse zu bitten. Offensichtlich ist die Abhängigkeit der CDU von der Bankenwelt so groß, dass die Kanzlerin bevorzugt die beschimpft, die kein Geld haben. <

*Das Osterhasenfest in Jüterbog hat jetzt schon Tradition. Die fleißigen Helfer des Osterhasen versteckten im Schlosspark eine Menge bunter Eier. Alle Kinder hatten Spaß beim Suchen, beim Basteln und Spielen und an den lustigen Kinderliedern und lernten den Osterhasen persönlich kennen.*

*Am Schminktisch bildete sich eine kleine Warteschlange, denn viele Kinder wollten sich in Piraten, Hasen oder einfach in ein Zauberwesen verwandeln lassen.*

*Die Waffeln, die von den Frauen der Jüterboger Tafel gebacken wurden, waren ebenso begehrt wie die Beutel mit Süßigkeiten, die die Kinder gegen ein gefundenes Osterei eintauschen konnten. Plüschtiere und Schlüsselanhänger waren beim Spiel mit dem Schwungtuch zu erhaschen. Den Organisatoren der Partei DIE LINKE, von Petzi's Kinderland und der Jüterboger Tafel ein herzliches Dankeschön. <*

*Petra Haase, Jüterbog*

## Neues aus der Stadtverordnetenversammlung

### Endlich geht es los

Die Erweiterung des Kristall Schwimm&GesundheitsCenters in Ludwigsfelde mit einem Spaßbad, einem Parkhaus und Parkanlagen nimmt Gestalt an. Alle Informationen dazu gab es am 03. Mai in der Stadtverordnetenversammlung und am selben Abend noch im Sportbad durch den Geschäftsführer, Herrn Steinhart. Vorher wurden die Bauanträge in der Kreisverwaltung eingereicht. Wir hoffen und wünschen,

dass die Bearbeitung der Unterlagen zügig und unbürokratisch erfolgt.

Wir freuen uns, dass die jahrelangen intensiven Bemühungen unserer Fraktion zur Erweiterung der „Therme“ jetzt auch Früchte tragen. Dank gilt dem Betreiber auch dahingehend, unserer Bitte entsprechend auch das Umfeld zu gestalten.

So soll der unansehnliche und verwilderte Waldabschnitt zwischen der Therme und der Autobahn zu einem Familien- und Erholungspark mit



**Ludwigsfelde**

Spielgeräten und Streichelzoo umgestaltet werden. Die Anfänge sind seit geraumer Zeit bereits zu erkennen.

Einwohner und Gäste sind aufgerufen, uns ihre Vorschläge und Ideen rechtzeitig mitzuteilen.

*Peter Dunkel, Ludwigsfelde*

## Die Einheit Deutschlands mit neuer Facette

Es war 1956. Die Stadt Schönebeck stand kopf. Das Ziel der Harzrundfahrt endete in diesem Jahr in meiner Heimatstadt. Damit meine Freunde und ich den Zielspurt gut verfolgen konnten, waren wir bereits um 9 Uhr früh im Stadion und postierten uns in Höhe der Zielgeraden. Ankunft der Rennfahrer war für 16 Uhr vorgesehen. Wir hofften natürlich auf einen Sieg von Täve Schur. Wir hatten uns mit Essen eingedeckt und ab Mittag begann ein Rahmenprogramm. Eine Stunde vor Zielankunft ertönte es durch die Lautsprecher, dass Täve mit zehn Minuten Vorsprung an der Spitze lag und sich dem Ziel näherte. Es war grandios, endlich konnten wir Täve nah sehen und nicht nur kurz im Vorbeifahren oder in der Zeitung. Ein Jubel brach los, als unser Täve in unmittelbarer Nähe über die Ziellinie fuhr.

In seiner eben herausgegebenen Biografie beschrieb Täve, warum er mit solchem Abstand zu den Verfolgern völlig ausgepumpt ins Ziel kam. Er wusste einfach nicht, dass er einen solchen Vorsprung hatte. Natürlich verfolgte ich auch später die Erfolge von Täve, seine politische Haltung und vor allen Dingen seine Kandidatur für die PDS im Bundestag. Täve war auch im Bürgermeis-

terwahlkampf für Jürgen Akuloff in Luckenwalde. Ich war stolz darauf, dass er auf meinem Tandem mit Jürgen und den Mitgliedern des Stadtverbandes eine Radtour um Luckenwalde unternahm. In Jänickendorf, wo ein Seniorentreffen der Gemeinde Nuth-Urstromtal stattfand, stahl Täve allen Offiziellen die Schau. Sein Bekanntheitsgrad war ungebrochen. Täve war Olympiasieger, Weltmeister und mehrfacher Friedensfahrtsieger. Es gab und gibt in Ostdeutschland wohl keinen, der nicht unseren Täve kennt. Umso bezeichnender ist, dass Täve Schur nicht in die Liste der populärsten Sportler Deutschlands in der so genannten „Hall of Fame“ aufgenommen wurde. Gelinde gesagt ist das ein Skandal. Aber wenn man sich die Liste der Stiftungsräte ansieht, die darüber entscheiden, wer als bester deutscher Sportler in die „Hall of Fame“ aufgenommen wird, dann wird das verständlich. Es sind die Geldgeber aus der Wirtschaft und der Banken wie Ackermann (Deutsche Bank), Obermann (Telekom) u. ä..

*Lieber Täve Schur, für uns gehörst Du selbstverständlich dazu, zunächst aber bist du noch beliebter in unseren Herzen.*

*Dr. Rudolf Haase, Luckenwalde*

### Mitglieder der Fraktion DIE LINKE in der SVV Ludwigsfelde:

Peter Dunkel, Vorsitzender  
Klaus Hubrig  
Angelika Linke  
Erika Dahlke  
Reinhold Krause  
Heiner Reiß  
Silvio Pape

### Familienfest in Luckenwalde

*Auch in diesem Jahr fand am 1. Mai unser traditionelles Familienfest auf dem Boulevard in Luckenwalde statt.*

*Bei gutem Wetter, Kaffee, Kuchen, politischen Gesprächen und einem abwechslungsreichen Programm konnten wir viele Gäste begrüßen.*

*Seit nunmehr 21 Jahren gestaltet der Kreisverband der LINKEN in Teltow-Fläming den 1. Mai mit dieser großen Veranstaltung. Den Beteiligten, Mitgestaltern, Helfern, Unterstützern und Spendern sprechen wir unseren besonderen Dank aus. Wir hoffen auch in den kommenden 21 Jahren auf diese Hilfe und Unterstützung bei der Vorbereitung und Gestaltung des Familienfestes.*

*DIE LINKE. Teltow-Fläming*

## Radtour mit dem Bürgermeisterkandidaten war der Renner



Carsten Preuß  
mit Teilnehmern der Radtour

Eingeladen hatte Carsten Preuß am Sonntag zu einer Radtour in die Ortsteile und es kamen ca. 45 Radfahrer, die am frühen Morgen bei schönstem Radfahrwetter mit auf Tour gehen wollten.

Startpunkt war der Bahnübergang von Zossen nach Nächst Neuendorf.

Schon wenige hundert Meter weiter wurden wir vor dem Dorfgemeinschaftshaus von der Ortsvorsteherin, Frau Timm, empfangen.

Anschließend ging die Fahrt nach Horstfelde. Der ehemalige Ortsvorsteher, Herr Klucke, konnte Interes-

santes und Wissenswertes aus dem Ortsteil berichten.

In Schünow, unserer dritten Station, ging es direkt zur Feuerwehr, denn hier konnten die Radler auch das am Tag zuvor eröffnete neue Feuerwehrgebäude und das neue Feuerwehrauto in Augenschein nehmen.

Die Ortsvorsteherin, Frau Fischer, und Schünower Einwohner nutzten die Gelegenheit, um zu informieren und auf den fehlenden Radweg von Schünow nach Nächst Neuendorf aufmerksam zu machen. Immer wieder wurde Halt gemacht und so erfuhren alle Teilnehmer etwas über das Leben in den Ortsteilen. In Nunsdorf war die Ver-

sorgung der Teilnehmer mit Getränken und Bratwurst organisiert. Der Ortsvorsteher, Herr Eckhoff, stellte den etwa 300 Einwohner zählenden Ortsteil vor. Auch hier nutzten

viele Einwohner die Gelegenheit für interessante Gespräche. Zusätzlich kamen einige Zossener mit dem PKW in die Ortsteile, um sich ebenfalls zu informieren und mit eigenen Erfahrungen und Vorstellungen einzubringen. Die insgesamt 20 km lange Tour hat mir

mit allen Radlern gut gefallen. Die nächste Radtour durch weitere Ortsteile fand am 29. Mai statt.

Jürgen Steinert, Zossen



Carsten Preuß ist der Bürgermeisterkandidat von LINKEN, SPD, VUB und Grünen in Zossen

## Diana Golze hat das Wort

Eine Bundestagsabgeordnete aus unserer Region

### Schnecken tempo bei Kinderbetreuung

„Auch tollkühne Rechentricks machen aus Familienministerin Schröders Schnecken tempo beim Ausbau der Kinderbetreuung keinen Weltrekordsprint.

Die Ursache für fehlende Kitaplätze liegt nach wie vor in der Konzeptionslosigkeit der Bundesregierung, die allein dadurch glänzt, Verantwortung auf Länder, Kommunen und Eltern abzuwälzen“, erklärte Diana Golze, kinder- und jugendpolitische Sprecherin und Mitglied im Vorstand der Fraktion DIE LINKE., zum im Kabinett beratenen 2. Evaluationsbericht des Kinderförderungsgesetzes. D. Golze weiter: „Wenn die Familienministerin glaubt, das Problem eines unzureichenden Platzangebots in der Kin-

derbetreuung mit dem Wiederholen der Forderung nach mehr kommunaler und landespolitischer Finanzierungs bereitschaft lösen zu können, betreibt sie ein gefährliches Spiel mit der Zeit.

Da hilft es auch nicht, die nur schleppend ansteigenden Ausbaquoten geflissentlich zu ignorieren und stattdessen den minimalen Anstieg zu feiern. Doch statt konkreter Lösungsvorschläge unterbreiten die Regierungsfraktionen und ihre Ministerin eine tröpfelnde Ersatzpolitik wie mit dem 400-Millionen-Projekt ‚Frühe Chancen‘, mit dem in die Qualität der frühkindlichen Bildung investiert werden soll, das aber so mager ausgestaltet ist, dass auch hier die Kommunen zubuttern müssen.

Statt dauernder Schelte über die

Unwilligkeit der Länder, ihren Beitrag zu erbringen, muss sich der Bund endlich seiner Aufgabe stellen, gemeinsam mit Ländern und Kommunen ein Gesamtkonzept für ein gleichwertiges frühkindliches Bildungs- und Betreuungsangebot in allen Teilen der Bundesrepublik zu erarbeiten.

DIE LINKE bleibt bei ihrer Forderung einer gebührenfreien Kita, die den Zugang zu hochwertiger frühkindlicher Bildung und Betreuung für jedes Kind sichert.“ <



## 25 Jahre nach Tschernobyl

Unter diesem Thema stand die Konferenz vom 17. bis 20. April in Minsk, an der etwa 400 Teilnehmer aus zwölf Ländern teilgenommen hatten. Neben Plenarsitzungen gab es Besuche in Einrichtungen für die Betreuung der Opfer und viele Gesprächsrunden. Ich wählte den Besuch eines Kurkomplexes für Kinder. In Belarus gibt es 26.000 Kinder, die offiziell als Invaliden anerkannt sind und jedes Jahr eine Kur in einem der zehn existierenden Kurheime erhalten. Das von uns besuchte wurde von deutschen Organisationen auf das Modernste eingerichtet – ein einziges Kinderparadies, von Sport über Musik, Basteln, Malen, Beschäftigung mit Computern, Tanz und Spiel – alles ist möglich, auch verkürzter Schulbesuch. Das wichtigste allerdings sind die täglichen Behandlungen: Badekuren, Inhalieren, Massagen, Spaziergänge ...

Höchst interessant war für mich ein Treffen mit Liquidatoren, den Menschen, die selbst in Tschernobyl vor Ort waren. Es ist schon ein Unterschied, ob man Berichte liest oder Augenzeugen hört, in diesem Fall Menschen, die alles – Gesundheit und auch ihr Leben – gaben, um die atomare Gefahr nicht nur in Tschernobyl, sondern für ganz Europa, d.h. auch für uns, einzudämmen. Ohne

Wochenende, ohne Freizeit räumten diese jungen Männer oftmals mit bloßen Händen und ungeschütztem Gesicht, weil Spezialhandschuhe und Gesichtsschutz nicht reichten, den atomaren Schutt von den zerstörten Reaktorgebäuden, alles im Laufschrift, um in den 30 Minuten, die nur hintereinander gearbeitet werden durfte, so viel wie nur möglich zu schaffen. Und am Ende wurde doch zugelassen, dass diese Liquidatoren einer höheren Strahlung als zulässig ausgesetzt wurden, wenn das auch nicht registriert werden durfte. Unsere Gesprächspartner waren damals Angehörige eines schnellstens mobilisierten Reservebataillons.

Bei der plötzlichen Einberufung erfuhr sie nicht den Grund der Mobilisierung, konnten zu Hause nicht sagen, wohin es geht und für wie lange. Heute sind vor allem in der Ukraine, wo Tschernobyl liegt, die Liquidatoren so gut wie vergessen. Für seine Gesundheit muss man heute auch dort selbst bezahlen. Aber das Schlimmste sei nicht, selbst mit gesundheitlichen Problemen zu kämpfen, sondern immer wieder Gefährten aus jener Zeit vorzeitig zu Grabe tragen zu müssen. Und so lebt von diesem Bataillon nur noch jeder Vierte.

An diesem Gespräch waren u.a. zwei englische Journalisten beteiligt.

Einer von ihnen konnte es nicht lassen, von den Liquidatoren zu fordern zuzugeben, dass nicht rechtzeitig und genügend informiert wurde, bis einer der Liquidatoren aufstand, dem Engländer ein Bild Gorbatschows zeigte und sagte: „Sie im Westen lieben doch so diesen Mann. Wofür? Der war verantwortlich für die Information. Fragen Sie ihn! Wir haben nur unsere Arbeit getan.“ Und so sang- und klanglos, wie sie von ihren Familien weggeholt wurden, kehrten sie auch zu ihnen zurück.

Im Umkreis von 30 km ist das Gebiet von Tschernobyl menschenleer. In dreitausend Jahren wird es wieder bewohnbar sein – vor dreitausend Jahren war in dieser Gegend noch die Steinzeit. Bewohnbar heißt nicht, dass es von Radioaktivität sauber ist... .

Auf der Konferenz gab es auch viele Gespräche mit anderen Teilnehmern. Oftmals war man sehr froh, dass es viele Initiativen wie die unsere in Dahme gibt, und ein bisschen stolz, dass wir schon zwanzig Jahre durchhalten, denn leider haben auch schon viele aufgegeben. Für mich war diese Konferenz jedenfalls Ansporn weiterzumachen, denn diese Konferenz zeigte auch immer wieder, dass unsere Hilfe noch lange gebraucht wird.

*Ilka Pietsch, Dahme*

### *Gedenken mit neuer Erfahrung*

*Zum 8. Mai 2011 hatte die LINKE Bürgermeisterin von Nuthe-Urstromtal, Monika Nestler, zur Einweihung des restaurierten Kriegerdenkmals nach Lynow eingeladen. Aufmerksame Beobachter können solche Denkmale in fast allen Dörfern und Städten entdecken. Oft genug waren diese Orte Treffpunkt derjenigen,*

*die dort ihre neofaschistische Gesinnung zum Ausdruck bringen, den Soldaten als Helden verehren.*

*Dass so ein Denkmal auch ganz andere Gedanken hervorbringen kann, zeigte die Veranstaltung in Lynow. Nicht nur dass Lynower Bürger die Restaurierung übernahmen, sich für ihr Dorf einsetzten, sondern dass sowohl die Bürgermeisterin in ihrer Rede als auch Pfarrer Wolf in seiner Andacht*

*die Unmenschlichkeit des Ersten und Zweiten Weltkrieges wie aller Kriege betonten. Es gehe nicht um Heldengedenken, sondern um Mahnung und Erinnerung. Vor allem sollten sie dazu beitragen, dass nie wieder Faschismus regieren kann. Wenn Kriegsdenkmale in diesem Sinne zum Nachdenken anregen, habe ich mit ihnen keine Probleme mehr.*

*Ingrid Köbke, Nuthe-Urstromtal*

## Gedenken am 8. Mai

Auch zum diesjährigen Tag der Befreiung vom Hitlerfaschismus versammelten sich Genossinnen und Genossen des Kreisverbandes gemeinsam mit Sympathisanten unserer Partei zum Stillen Gedenken.

Wie hier in Jüterbog ...



M. Böttcher mit LINKEN und Sympathisanten

und in Blankenfelde-Mahlow



Der Botschaftsrat der russischen Botschaft, Kirill Logvinow, Siegfried Günther, Ortwin Baier, Bürgermeister der Gemeinde Blankenfelde-Mahlow und Oberstleutnant Alexej Andrejew (v.l.n.r.)

gedachten auch die Genossen in Ludwigfelde der Befreiung vom Hitlerfaschismus vor 66 Jahren.



Der Vorsitzende des Ludwigfelder Stadtverbandes der LINKEN, Rainer Dominok, mit zahlreichen Genossen und Sympathisanten

Die Luckenwalder LINKEN gedachten im Ehrenhain am Stadtpark, auf dem Waldfriedhof und aus dem STALAG-Friedhof. <



### „... der Friede ist kein Geschenk“

Zurückgekehrt von den Stätten des Gedenkens an den Tag der Befreiung am 8. Mai ist bereits die nächste Erinnerung ins Gedächtnis gerückt – der 22. Juni 1941, der Tag des Überfalls des faschistischen Deutschland auf die Sowjetunion.

70 Jahre sind seit dem vergangen, für uns Deutsche 70 Jahre Frieden. Von den geschätzten 50 Millionen Kriegstoten waren mindestens 25 Millionen Sowjetbürger – Väter, Söhne, Mütter, Töchter – unermessliches Leid in den Familien. Die Wunden sind bis heute nicht verheilt. Wie viele Familien wussten nicht, wo ihre Angehörigen ihr Leben gelassen haben. Manche haben Jahrzehnte später durch Forschungen von Schülern der Erweiterten Oberschule Luckenwalde erfahren, dass der Sohn im Kampf um unsere Heimatstadt gefallen ist – z. B. der Held der Sowjetunion, Gardeleutnant A. W. Jerofejew. Eine Urne mit Erde von seinem Grab, an die Eltern geschickt, konnte zum Ort der Trauer und der Erinnerung werden. Jeder Kriegstote ist ein verlorenes Menschenleben zuviel. Die materiellen Zerstörungen nenne ich nicht mal.

Auch 70 Jahre nach dem Überfall auf die Sowjetunion sind deutsche Soldaten in kriegerischen Auseinandersetzungen beteiligt, wenn auch weit entfernt von Deutschland. Kriege haben internationale Konflikte noch nie auf Dauer gelöst.

„... der Friede ist kein Geschenk“, heißt es in einem Lied. Setzen wir uns für ihn ein!

Ingrid Köbke,  
Nuthe-Urstromtal

## Mitte des Lebens

Dr. theol., Dr. h.c. Margot Kässmann, geb. 1958, war seit 1999 Bischöfin der größten evangelischen Landeskirche in Hannover und wurde 2009 als erste Frau Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland. Sie ist Mutter von vier Kindern.

In ihrem Buch „In der Mitte des Lebens“ resümiert sie über das, was war, und das, was vielleicht noch kommen könnte.

Mich interessierten ihre Ansichten, obwohl mir bewusst war, dass sie von einer christlichen Position aus urteilt, der ich Hochachtung entgegenbringe, die ich aber nicht teilen kann. Trotzdem habe ich in ihren Ausführungen sehr viel Nachdenkens-, ja Beachtenswertes gefunden. Margot Kässman ist eine mutige, kluge, warmherzige Frau, die auch offen über ihre ganz persönlichen Konflikte sprechen kann. Mich hat beeindruckt, dass sie sich scheiden ließ, sich wohl bewusst, dass gerade ihr in ihrer Position sehr viel Hämme und Unverständnis begegnen würden. Das hat sie durchgestanden und eine Balance gefunden. „Balance“ ist für sie in der Mitte des Lebens ein zentraler Begriff, ob sie nun über Tod, Alter, Liebe, Freundschaft, Glück, Schönheit oder Krankheit meditiert.

Es ist ein Buch für Frauen. „Männer empfinden anders“, meint Margot Kässmann, und da muss ich ihr zustimmen.

**B e a c h -**  
tenswert für  
uns Mütter:  
Die Kinder  
gehen aus  
dem Haus.  
Zurück bleibt  
eine gewisse  
Leere, aber

auch Erleichterung, dass man nun wieder mehr an sich selbst denken kann. Gern geben wir unsere Erfah-



rungen an unsere Kinder weiter, was manchmal den Jüngeren lästig ist. Wir sollten die Erfahrungen nicht aufdrängen, sondern anbieten. „Lebenserfahrung ist ein Angebot, keine Pflichtlektüre“.

Kann man in der Mitte des Lebens noch auf etwas Neues hoffen und dann das Neue auch wagen?

Das ist eine der Fragen, die sich wohl jeder stellte oder einmal stellen wird.

## Herzliche Glückwünsche

*senden die Basisorganisationen und  
Vorstände den Jubilaren, die in diesen Tagen Geburtstag feiern*

Walter Weber in Schöna-Kolpien zum 82. Geburtstag am 13.06.  
Rita Schreiber in Jüterbog zum 71. Geburtstag am 14.06.  
Achim Reichardt in Rangsdorf zum 82. Geburtstag am 15.06.  
Ingeborg Grabow in Dahlewitz zum 78. Geburtstag am 15.06.  
Gertraude Schenk in Luckenwalde zum 77. Geburtstag am 18.06.  
Paula Neubauer in Ludwigsfelde zum 97. Geburtstag am 19.06.  
Rudolf Schmilas in Zossen zum 86. Geburtstag am 20.06.  
Hans-Joachim Hübener in Luckenwalde zum 76. Geburtstag am 21.06.  
Horst Wende in Baruth/Mark zum 73. Geburtstag am 27.06.  
Bernd Hillner in Jüterbog zum 73. Geburtstag am 28.06.  
Heinz Irrgang in Zossen zum 93. Geburtstag am 01.07.  
Horst Koletzky in Ludwigsfelde zum 86. Geburtstag am 02.07.  
Maria Scharf in Ludwigsfelde zum 81. Geburtstag am 02.07.  
Manfred Müller in Jüterbog zum 76. Geburtstag am 02.07.  
Ralf Köbke in Woltersdorf zum 72. Geburtstag am 02.07.  
Johannes Schmidt in Jüterbog zum 82. Geburtstag am 04.07.  
Willi Hilka in Blankenfelde zum 84. Geburtstag am 05.07.  
Wolfgang Meier in Blankenfelde zum 81. Geburtstag am 06.07.  
Ilse Krone in Luckenwalde zum 77. Geburtstag am 06.07.  
Ingeborg Kliemann in Großbeeren zum 83. Geburtstag am 09.07.

**Ilona Petzhold in Jüterbog zum 50. Geburtstag am 14.06.**  
**Marianne Weckener in Luckenwalde zum 90. Geburtstag am 16.06.**  
**Gisela Schmidt in Jüterbog zum 80. Geburtstag am 20.06.**  
**Otto Fritsche in Ludwigsfelde zum 80. Geburtstag am 20.06.**  
**Ursula Diaby-Stirnal in Blankenfelde zum 60. Geburtstag am 20.06.**  
**Christfried Rändel in Schlenzer zum 70. Geburtstag am 06.07.**  
**Helga Bock in Blankenfelde zum 70. Geburtstag am 08.07.**

Zum Schluss zwei Textstellen, die mir besonders gefallen haben:

„Ein schöner Tag ist ein Geschenk, ein Moment des Glücks, etwas Besonderes, und wer sich nicht freuen kann an dem, was ist, und nicht ständig nörgelt an dem, was nicht ist – hat viel verstanden, was Lebenslust ausmacht.“

„Auch das ist eine Erfahrung in der Mitte des Lebens: Du gehst durch tiefe Täler, aber du musst nicht unten bleiben, sondern du findest einen Hügel, von dem aus du einen freien Blick über das Land hast.“

*Dr. Renate Klettke,  
Ludwigsfelde*

## Termine

**09.06.11 18.00 Uhr**  
LinksTreff  
Geschäftsstelle Ludwigsfelde

**14.06.11 18.30 Uhr**  
Beratung der BO-Vorsitzenden  
Geschäftsstelle Ludwigsfelde

**15.06.11 14.00 Uhr**  
Redaktion  
Geschäftsstelle Luckenwalde

**Am 25. Juni 2011 findet ab  
9.30 Uhr im Bürgerhaus  
Wünsdorf die 3. Tagung des 2.  
Kreisparteitages DIE LINKE.  
Teltow-Fläming statt.  
Alle Genossinnen und Genossen  
sind herzlich eingeladen, sich  
auf diesem Programmparteitag  
an der Diskussion zu  
beteiligen.**

**30.06.11 19.00 Uhr**  
„Die gegenwärtige Entwicklung  
in China“, Gen. Werner Kopf  
Grüne Passage Blankenfelde

**04.07.11 19.00 Uhr**  
Kreisvorstand  
Geschäftsstelle Ludwigsfelde

**05.07.11 10.00 Uhr**  
LinksTreff  
Geschäftsstelle Ludwigsfelde

**11.07.11 18.30 Uhr**  
Beratung der BO-Vorsitzenden  
Geschäftsstelle Ludwigsfelde

### Die neue FDP

*Nicht irgendwo, nein hierzuland  
sind die Gelben als Gefahr bekannt.  
Sie schüren Streit bei Jung und Alt,  
Gemeinsinn lässt sie völlig kalt.*

*Der Rösler jetzt das Zepter schwingt  
und damit noch mehr Unheil bringt.  
Vorkasse beim Arzt, so heißt ein Deal,  
Patienten schröpfen ist das Ziel.*

*Das Elterngeld möchten sie streichen,  
sie wollen nur Kinder von den Reichen,  
die wie sie selbst dem Egoismus frönen,  
das Volk soll dann die Zeche löhnen.*

*Atomausstieg wollen sie nicht haben,  
Maxi-Profit soll die Konzerne laben.  
Das schnelle Geld ist ihnen wichtig,  
Belastung der Enkel ist da nichtig.*

*Sie kennen nur die Ellenbogen,  
Gemeinsinn wird dort nicht erwogen.  
Drum sage ich: Seid auf der Hut,  
denn Egoisten tun nicht gut.*

*Rainer Weigt, Klein Schulzendorf*

### Lesung und Gespräch

#### Buchvorstellung

„Sagen was ist“  
Hans Modrow

Am 15. Juni um 17.00 Uhr  
im Lindencafé in der  
Zinnaer Straße 38  
Luckenwalde

#### Rosa Luxemburg in Wünsdorf - Zeitgeschichtliche Spuren

Zum Gedenken an die Beisetzung von Rosa Luxemburg lädt DIE LINKE. Zossen am 19. Juni 2011 recht herzlich ein. Treffpunkt: 10.00 Uhr am Haus der Offiziere, Hauptallee Wünsdorf. 12.00 Uhr Kranzniederlegung an der Gedenkstelle „Militärhospital – Wünsdorf“. <

Wir trauern um  
unseren Genossen

### Siegfried Frank

Ehre seinem Andenken  
DIE LINKE. DIE LINKE.  
Ludwigsfelde Teltow-Fläming

### IMPRESSUM

Geschäftsstellen: 14943 Luckenwalde, Zinnaer Str. 36, Tel: 0 3371/632267, Fax: 63 69 36,  
14913 Jüterbog, Große Str. 62, Tel: 033 72/432691, Fax: 443033,  
14974 Ludwigsfelde, A.-Tanneur-Str. 17, Tel: 03378/510653

Spendenkonto: 363 302 7415,

BLZ: 160 500 00 bei der MBS Potsdam

Redaktionsschluss: 18. Mai 2011, der nächsten Ausgabe: 15. Juni 2011

Veröffentlichte Beiträge müssen nicht in jedem Fall mit der Meinung des Herausgebers übereinstimmen. Leserbriefe und Zuschriften sind ausdrücklich erwünscht.

Herausgeber: DIE LINKE. Kreisverband Teltow-Fläming,  
V.i.S.d.P.: Tina Senst, E-Mail: info@dielinke-teltow-flaeming.de

### Änderungen zum Sozialpass mehrheitlich beschlossen

Die Steigerung der Eintrittspreise für Sozialpassinhaber im Freibad Elsthal von 25 Cent pro Tageskarte auf einen Euro ist damit festgeschrieben. Für die Mehrheitsmeinung in der SVV ist das sozial verträglich. Für die Betroffenen: weitere Einschnitte bei der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Was bringt es? Vielleicht 300 Euro mehr im Jahr.

Mittagessenzuspruch für Kita/Schule und Starterpaket zur Einschulung gibt es nicht mehr von der Stadt. Das wird jetzt auf Antrag das Jobcenter TF übernehmen, obwohl die Formalien bundesweit noch unklar sind bzw. große Probleme bereiten. Auf meine Anfrage zur Anzahl der Betroffenen konnte die Bürgermeisterin noch keine Antwort geben.

*Manfred Thier,  
Mitglied der Fraktion DIE LINKE in  
der SVV Luckenwalde*